Videokonferenz der Sprecher*innen der Landesarbeitsgemeinschaften, Fraktionen und weiterer Aktiver der BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz (BAG SKK) am 27. Oktober 2026 von 18.00-20.00 Uhr (Protokoll)

Moderation: Magdalena Depta-Wollenhaupt

Protokoll: Annette Mühlberg

Tagesordnung:

1. Aktuelle Situation in Bund und Ländern (Schwerpunkt: Lage nach den Wahlen)
2. Berichte aus den Landesarbeitsgemeinschaften und weiteren Gremien
3. Arbeitsplanung – Termine
4. Sonstiges

Top 1 Aktuelle Situation in Bund und Ländern (Schwerpunkt: Lage nach den Wahlen)

Bundestag
Aktuelle Initiativen der Bundestagsfraktion: Im Kulturbereich stehen die deutlichen Kürzungen im BKM-Haushalt 2027 im Mittelpunkt. Die Fraktion arbeitet unter anderem an einem Antrag für einen dauerhaften Bundesfonds „Access Kultur“ mit zunächst 25 Millionen Euro jährlich, damit notwendige Barrierefreiheitskosten zusätzlich zur künstlerischen Produktion finanziert werden. Bei der Filmförderung kritisiert Die Linke die im MedienInvestVG vorgesehene Investitionspflicht von acht Prozent als zu niedrig und fordert mindestens 20 Prozent sowie verbindliche soziale Standards und einen besseren Schutz unabhängiger Produzent*innen. Weitere Themen sind die Regulierung des Ticketmarkts und Dynamic Pricing sowie die Sicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und eines gemeinwohlorientierten digitalen Raums.

Berlin
Stand der Verhandlungen: Noch sind nicht alle Hürden für Koalitionsverhandlungen genommen. Die Fraktion berät an diesem Tag über den Umgang mit der Abgeordneten Vanessa Emde. Ende dieser Woche entscheidet ein Parteitag der Linken über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen. Bei positivem Ausgang beginnen die Verhandlungen eine Woche später, also Anfang November und zwei Wochen später die Arbeit in den Fachgruppen. Die Haushaltssituation wird die größte Schwierigkeit sein, das umzusetzen, was wir uns im Wahlprogramm vorgenommen haben. Die Sparvorgaben sind gesetzt. Vielleicht sind die Verhandlungen noch bis Weihnachten abgeschlossen, zu einer Regierungsbildung wird es dann aber wohl erst im neuen Jahr kommen.
Die **LAG Kultur** hat einen **Arbeitskreis zur Begleitung der Koalitionsverhandlungen** gegründet und dem Landesvorstand **Empfehlungen für die Verhandlungen im Kulturbereich** übermittelt. Die Schnittmengen der künftigen Koalitionspartner*innen in der Kulturpolitik sind groß. Die wesentliche Hürde wird der Haushalt sein. Zur Umsetzung unserer Forderungen haben wir aber 5 Jahre Zeit.

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner letzten Sitzung noch ein **Bibliotheksgesetz** verabschiedet. Das muss jetzt finanziell unterfüttert werden. Im Sondierungspapier sind schon wesentliche kulturpolitische Forderungen enthalten, so die Jugendkulturkarte, der eintrittsfreie Museumsonntag, das Kulturfördergesetz, die Verteidigung der Kunstfreiheit und die Verbesserung der sozialen Situation von Künstler*innen.
In der Diskussion wurde auf die Bedeutung besserer Arbeitsbedingungen an Musikschulen und die Umsetzung des Herrenberg-Urteils verwiesen. Die Übergangsregelung nach § 127 SGB IV gilt bis zum 31. Dezember 2027. Unter den gesetzlichen Voraussetzungen greift die Versicherungspflicht aufgrund einer Beschäftigung ab dem 1. Januar 2028; eine Verlängerung bis Ende 2028 besteht nach aktuellem Stand nicht.

Brandenburg
Die Linke ist nicht mehr im Landtag und es gibt auch noch keine neue **LAG Kultur**. Die Situation für die Kultur ist aber nicht so schlecht, es gibt keine großen Einbrüche im Kulturhaushalt, es ist im Wesentlichen alles so geblieben.

Sachsen
Haushaltsverhandlungen: Im vorliegenden Haushaltsplan sind starke Kürzungen im Kulturbereich vorgesehen, gegen die sich die Linksfraktion und auch die Grünen mit Anträgen wenden. Die schwarz-rote Minderheitskoalition will auch diesen Haushalt mit Linken und Grünen aushandeln, insofern bestehen Chancen noch etwas zu verändern.

NRW
Im Januar dieses Jahres wurde die **LAG Kultur NRW** neu gegründete**.** Im Dezember wird es Neuwahlen der Sprecher*innen geben. Sie befinden sich in der **Vorwahlphase**, auf der Landesliste ist niemand mit Kenntnissen der Kulturpolitik. Im Landtagswahlprogramm ist ein sehr starkes Kulturkapitel, wurde von ihnen zugearbeitet. Sie stehen vor massiven **Kürzungen im Kulturhaushalt** mit gravierenden Auswirkungen auf die Kulturszene, so soll z.B. die Schauspielsparte des Theaters in Bonn geschlossen werden.

Sachsen-Anhalt
Die **Entwicklung nach der Wahl** ist Grund zu großer Sorge. Ulrich Siegmund wird im Dezember zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Wie eine Regierung unter Führung der AfD konkret gebildet wird, ist noch unklar. Aber die Drohkulisse gegenüber der Zivilgesellschaft und den Kultureinrichtungen ist klar. Sie brauchen unsere Solidarität. Die Linksfraktion im Parlament ist marginalisiert. Stefan Gebhardt ist leider nicht mehr im Landtag. Die neue kulturpolitische Sprecherin ist Antonia Kaloff. Die **LAG Kultu**r ist derzeit nicht aktiv, es wird versucht, sie zu reaktivieren.
In der Diskussion wurde auf die **Bedeutung der Regierungsbildung in Berlin** hingewiesen. Wenn eine Koalition von Rot-Rot-Grün zustande kommt, hat das Auswirkungen auf das gesamte bundespolitische Gefüge, so auch auf die Sitze im Bundesrat und den Kampf gegen die AfD. Es wurde angeregt, dass sich die BAG SKK öffentlich klar positiv zur geplanten Koalitionsbildung in Berlin äußert.

Des Weiteren wurde angeregt, eine **Dokumentation von bedrohten eventuell auch schon verschwundenen Orten** in Sachsen-Anhalt und anderen Ländern zu erstellen, um öffentlich darauf aufmerksam zu machen und das Geschehen festzuhalten, so wie es zum Beispiel das Atelierbüro in Berlin gemacht hat.

Saarland
Die **LAG Kultur** wurde wiederbelebt. Sie sind aktiv, treffen sich 1x im Monat. Es besteht die Hoffnung, wieder in den Landtag zu kommen, sie werden einen Antrag zum Wahlprogramm stellen.

Niedersachsen
Leider ist es trotz mehrerer Versuche bisher nicht gelungen, eine neue **LAG Kultur** in Niedersachsen zu gründen. Kulturpolitisch geht es im Land weder vor noch zurück. Das Land ist stark abhängig von Bundesmitteln.

Hessen
Die **LAG Kultur** in Hessen soll neu belebt werden. Konkrete nächste Schritte und Termine standen zum Zeitpunkt der Beratung noch aus.

Hamburg
Die **LAG Kultur** ist aktiv und tagt regelmäßig. Die Linksfraktion hat im September in der Bürgerschaft einen Antrag zu Musikstreamingdiensten gestellt: „Livekultur und Musikbranche stärken – Musikstreamingdienste zur Kasse bitten“. Der Antrag geht allen zu.

In der Diskussion wurde gefragt, inwieweit Kontakte auch zu den Ländern bestehen, die heute nicht dabei sind, z.B. Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Ein regelmäßiger Kontakt besteht leider nicht. Das hängt mit Überlastung und Terminschwierigkeiten zusammen, aber auch damit, dass einige nach ihren Angaben von den Treffen in der BAG SKK zu wenig fachpolitische Impulse mitgenommen hätten. Das konnte von den Anwesenden so nicht bestätigt werden. Es wurde der Wert der Treffen in der SKK hervorgehoben. Die quartalsmäßigen Treffen der Sprecher*innen der LAGs und Fraktionen und weiterer Aktiver sollten fortgesetzt werden. Wichtig sei ebenso der Erfahrungsaustausch zwischen den Genoss*innen auf Landes- und kommunaler Ebene.

Hingewiesen wurde auf die **Bundesratsinitiative für eine nachhaltige soziale Absicherung von selbstständigen und hybriderwerbstätigen Künstler*innen**, die der Bundesrat im Oktober beschlossen hat. Grundlage der Bundesratsinitiative ist ein von Nordrhein-Westfalen in Auftrag gegebenes Gutachten. Der Arbeitsrechtler Dr. Daniel Ulber (Universität Trier) schlägt hier vor, eine weitere Säule in der Künstlersozialversicherung einzuführen. Selbstständige Künstler*innen sind zwar über die Künstlersozialkasse (KSK) in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung abgesichert, es fehlt jedoch an Schutzsystemen für temporäre Einkommensverluste und Erwerbslücken. Eine klassische Arbeitslosenversicherung greift hier meist nicht, da die Betroffenen in diesen Phasen dem Arbeitsmarkt nicht im Sinne der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung stehen oder künstlerisch weiterarbeiten. Der Bund

wird aufgefordert, konkrete Vorschläge für eine wirksame Absicherung dieser Erwerbsbiografien auszuarbeiten.

In der Bundespolitik stehen die soziale Absicherung von Künstler*innen und die Statusfrage bei Lehrtätigkeiten im Mittelpunkt. Die Bundesregierung verweist auf geplante Verbesserungen der Altersabsicherung Selbstständiger, eine finanzielle Stärkung der Künstlersozialversicherung und Erleichterungen bei der sozialversicherungsrechtlichen Statusfeststellung; die konkrete Umsetzung sei noch nicht abgeschlossen. Die Künstlersozialkasse ist dabei kein eigener Sozialversicherungsträger, sondern koordiniert die Beitragsabführung an Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Für Lehrkräfte gilt die Übergangsregelung nach § 127 SGB IV bis Ende 2027. Eine weitergehende bundespolitische Lösung für die sozialen Sicherungslücken in den Erwerbsbiografien von Künstler*innen ist damit noch nicht abgeschlossen.

Top 2 Berichte aus den Landesarbeitsgemeinschaften und weiteren Gremien

Berichte aus den LAGs siehe oben.

Bericht aus der BAG:
Insgesamt sind positive Entwicklungen der BAG zu verzeichnen, so die Neubelebung von Landesarbeitsgemeinschaften (in Berlin, NRW und Saarland) und ein konstruktives Arbeiten in den LAGs, so z.B. in Berlin. Die Mitgliederzahl insgesamt hat sich deutlich erhöht, nicht zuletzt durch Berlin. Organisatorisch ändert sich derzeit einiges. Die Zusammenschlüsse können nun ihre Mitglieder selbst in das Mitgliederprogramm der Linken eingeben und verwalten. Die Mitgliederverantwortlichen der Zusammenschlüsse absolvieren derzeit eine Datenschutzschulung und eine Schulung für das Mitgliederprogramm. Bis Ende des Jahres müssen die Mitgliederdaten aktualisiert werden. Dazu bedarf es der Unterstützung der LAGs. Die BAG hat nun auch ein Online-Postfach, von dem die Einladung zu dieser Beratung erstmals abgeschickt wurde.
Die BAG SKK konnte zwar in diesem Jahr keine große Konferenz zum Kulturkampf ausrichten, aber die Linksfraktion veranstaltete im September eine Konferenz um Autoritären Umbau der Gesellschaft, mit einem Workshop zu Kultur und Medienpolitik im Kulturkampf. Das Thema wird die BAG weiter beschäftigen. Die Sprecher*innen schlugen vor, im neuen Jahr zwei kleinere Beratungen bzw. Veranstaltungen zu diesem Thema auszurichten.

Top 3 Arbeitsplanung – Termine

Es wurde angeregt, für die Videokonferenzen der Sprecher*innen feste Termine zu finden. Die nächste Mitgliederversammlung war für das erste Quartal geplant. Es wurde vorgeschlagen, sie schon im Januar in Präsenz durchzuführen, eventuell an einem anderen Ort – z.B. NRW (wäre auch Unterstützung im Wahlkampf) oder Leipzig oder Magdeburg. Die Sprecher*innenrunde wird sich zu Termin und Ort noch verständigen. Das Ergebnis geht allen zu.

Top 4 Sonstiges
Entfiel
f.d.R. Annette Mühlberg und Magdalena Depta-Wollenhaupt (4.11.2026)